

Gruppenantrag

SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Ratsherr Regel

Gruppenantrag Federführend: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vorlage-Nr: 14/268 Status: öffentlich Datum: 04.07.2014 Verfasser/in: Henning, Silke	
Auf Antrag der Gruppe SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und Ratsherr Regel: Resolution zu TTIP - Einschränkung der kommunalen Daseinsvorsorge		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.07.2014	Rat der Stadt Hildesheim	Entscheidung

Sachverhalt:

Auf europäischer Ebene werden - unter Ausschluss der Öffentlichkeit - momentan mehrere internationale Handelsabkommen verhandelt: Seit Sommer 2013 laufen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über ein Freihandels-abkommen TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership). Das Abkommen soll Handelshemmnisse für Chemie, Automobil, Elektronik, Lebensmittel, Agrar und Finanzdienstleistungen beseitigen und würde die weltweit größte Freihandelszone mit rund 800 Millionen Einwohnern schaffen. Dieses Abkommen wird auch Auswirkungen auf die Möglichkeiten der kommunalen Daseinsvorsorge haben, da das TTIP-Abkommen zahlreiche Regelungen hinsichtlich der kommunalen Planungshoheit berührt. Hierzu zählen unter anderen einschränkende Raumordnungs- und Flächennutzungspläne, Bebauungspläne z.B. mit Ansiedlungsverbot von Kaufmärkten auf grüner Wiese, kommunale Nachhaltigkeits- und Klimaschutzregelungen, planerische Umweltauflagen. Das betrifft selbst Ratsbeschlüsse - beispielsweise zum regionalen Fair-Trade, zur ausschließlichen Auftragsvergabe an Firmen mit tarifgerechter Bezahlung und Berücksichtigung festgelegter Umweltstandards oder auch Beschlüsse zum Anschluss- und Benutzungszwang an saubere Energieträger, der Bezuschussung des ÖPVN, die Subventionierung der Kultur- und Freizeiteinrichtungen, die Förderung des regionalen Handels u.v.m.

Inzwischen wurde in den letzten Wochen und Monaten bei zahlreichen Veranstaltungen sowie in den Medien über die Auswirkungen insgesamt wie auf kommunaler Ebene diskutiert. Der Deutsche Städtetag hat sich am 12.02.2014 ebenfalls bereits kritisch zu diesen Abkommen positioniert.

Beschlussvorschlag:

Der Rat sieht neben den grundsätzlichen Chancen des internationalen Handels die aktuellen Verhandlungen zwischen der EU und den USA über die Vereinbarung des Freihandelskommens Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP) mit großer Sorge. In Anlehnung an den Beschluss des Deutschen Städtetages stellt der Rat fest:

1. dass die bisherigen Verhandlungen weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit geführt wurden und diese Intransparenz das Misstrauen in die Verhandlungsführung der EU-Kommission erhöht hat und die demokratischen Spielregeln untergräbt.
2. dass das Abkommen nach derzeitigem Kenntnisstand geeignet ist, die bisherige Form kommunaler Daseinsvorsorge und das Subsidiaritätsprinzip zu gefährden.

3. dass daher die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, von dem Handelsabkommen explizit ausgeschlossen werden sollen.
4. dass die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur nicht gefährdet werden darf und die Spielräume für eine Auftragsvergabe nach sozialen, ökologischen oder regionalen Kriterien nicht enger werden sollen.
5. dass die Umwelt- und Sozialstandards in der EU nicht gefährdet werden dürfen.

Der Rat unterstützt daher die Position des Deutschen Städtetages und fordert die Landes- und Bundestagsabgeordneten sowie die regional zuständigen Europaabgeordneten auf, sich entsprechend auf der jeweiligen politischen Ebene zu verwenden

Anl